

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 26 (2006)
Heft: 50

Artikel: Solidarische Ökonomie : die Antwort auf die neoliberale Konterrevolution
Autor: Altvater, Elmar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651590>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Solidarische Ökonomie

Die Antwort auf die neoliberale Konterrevolution*

Erst angesichts der Schwierigkeiten, Alternativen zur Dominanz der kapitalistischen Marktwirtschaft zu denken und zu praktizieren, kommt zu Bewusstsein, was das „Tina-Wort“ von Margret Thatcher („There is no alternative“) auch bedeutet: die angeblich alternativlosen neoliberalen Politik- und Gesellschaftskonzepte so weit wie irgend möglich unumkehrbar zu machen. Dem Tina-Wort folgen also Tina-Taten. Dazu gehören die gezielte Blockade von Alternativen und mehr noch die Errichtung von Sachzwängen, an denen alternative Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zum Scheitern verurteilt sein soll. Das geht in der EU bis zur Verankerung der neoliberalen Prinzipien in dem Verfassungsvertrag von 2004, so dass alternative Wirtschaftspolitik und Ansätze einer solidarischen Ökonomie als nicht mehr auf dem „Boden der Verfassung“ befindlich denunziert werden könnten. „*There is no alternative*“, also die Abwehr von Alternativen, wird durch eine Politik der Unwiderruflichkeit der neoliberalen Reformen, durch einen „lock-in-Effekt“ verstärkt. Dies ist durchaus absichtsvoll geschehen - und in vielen Fällen auch aus Opportunismus, als Tribut an den neoliberalen Zeitgeist und in Anpassung an die Rahmenbedingungen des politischen Handelns, die unverrückbar scheinen.

Dabei sind die „Sachzwänge“ in aller Regel selbst erzeugt. Denn wenn zugleich erstens Steuersenkungen im Steuerwettbewerb der „Standorte“ und „Finanzplätze“ umgesetzt, zweitens eine Höchstmenge der öffentlichen Neu-Verschuldung (Maastricht-Kriterien) bei einem bereits hohen öffentlichen Schuldenstand festgelegt und drittens Finanzmärkte liberalisiert werden, ist der Spielraum für wirtschaftspolitische Gestaltung, also für Alternativen nur äußerst gering. Eine Folge dieser Maßnahmen sind unweigerlich steigende Zinsen, die die öffentlichen Haushalte weiter belasten und daher den finanziellen Spielraum der öffentlichen Hand eingrenzen. Die Schulden der öffentlichen Hand sind auf der anderen Seite Geldvermögen der Privaten. Sie garantieren einen ständigen Zahlungsstrom vom öffentlichen zum privaten Sektor. Dieser wird nicht durch Steuern auf Einkommen und Vermögen der Reichen, sondern vor allem durch die Steuern auf die Einkommen der wenig mobilen Produktionsfaktoren, die Lohn- und Gehaltseinkommen, durch die Kürzung von Sozialausgaben, die Neuverschuldung des Staates und in dem vergangenen Jahrzehnt durch die Privatisierung staatlicher Unternehmen und öffentlicher Güter finanziert.

Es ist mit den Tina-Taten also mit Macht der politisch-soziale und ökonomische Rahmen der gesellschaftlichen Praxen geändert, und zugleich mit dem Tina-Wort die Mentalität erzeugt worden, die genau zu den die

Tina-Welt reproduzierenden Praxen führt und Alternativen erst gar nicht aufkommen lassen soll.

Die globale Privatisierungsmanie

Dass private Unternehmen Profite erzielen müssen, ist einsehbar, wenn man die Logik des kapitalistischen Systems unterstellt. Dass die Höhe der Profitrate an der Rendite auf globalen Finanzmärkten gemessen wird, und dass die Tendenz des Ausgleichs zur Durchschnittsprofitrate nicht zu deren Senkung, sondern wegen der Konkurrenz der Finanzplätze um die attraktivsten Konditionen für Finanzanleger zu deren Anstieg führt, ist in Zeiten der Globalisierung und Deregulierung unvermeidlich. Dass aber öffentliche Institutionen nach einem ebensolchen Prinzip der instrumentellen Rationalität, der Effizienz des Mitteleinsatzes gemessen an einem mikroökonomisch zuzurechnenden Ergebnis operieren sollen und müssen, ist ein großer Fehler. Dieser verdankt sich einem weitverbreiteten Denkmuster. In diesem zählen nur betriebswirtschaftliche Rationalitätskriterien und keine gesamtwirtschaftlichen Maßstäbe für die Politik der öffentlichen Institutionen. Die positiven „externen Effekte“ öffentlicher Güter und Dienste finden keine Beachtung im betriebswirtschaftlichen Effizienzkalkül. Die Privatisierungsmanie hat auf diese Weise die Koordinaten von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gründlich verändert. Die „neoliberale Konterrevolution“ ist nicht nur ein kecker Spruch des Milton Friedman aus den frühen 1960er Jahren (Friedman 1962), sondern seit Mitte der 1970er Jahre bitterer Ernst.

Die Privatisierungswelle begann 1973 damit, dass die Bildung eines zentralen Preises der Weltwirtschaft, des Wechselkurses nämlich, den Akteuren auf globalen Finanzmärkten (den Großbanken und Fonds und anderen auf Devisenmärkten operierenden Transnationalen Konzernen) überantwortet wurde. Die Fixierung des Wechselkurses und dessen Verteidigung durch Regierungen und Notenbanken wurde also aufgegeben, zum Teil erzwungen durch die stärker gewordenen privaten Akteure auf Märkten, zum Teil als eine Folge der Dominanz neoliberaler Ideologie. Auch die Bildung der Zinsen ist im Zuge der Liberalisierung der Finanzmärkte mehr und mehr „den Märkten“ überantwortet worden. Die Notenbanken vollziehen mit ihren Zinsentscheidungen (Festlegung des Diskontsatzes) nur nach, was „die Märkte“, also große international operierende Banken und diverse Fonds, bereits antizipiert haben. Sie können eine Politik der Zinssenkungen, wie sie von Keynes nach der großen Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren zur Anregung von Investitionen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen gefordert und als wirtschaftspolitisches Projekt konzipiert worden ist, nicht umsetzen (Keynes 1936). Daher tendiert das globale Zinsniveau nach oben; seit Ende der 1970er Jahre liegen die realen Zinsen oberhalb der realen Wachstumsrate des Bruttoinlands-

produkts (vgl. EK 2002; Altvater 2004). Das ist ein wirkungsvoller Hebel der Umverteilung vom öffentlichen Sektor zum privaten Sektor so lange, bis die Bedienung der Schulden zum Problem wird und die Schuldentilgung scheinbar nur noch durch die Privatisierung öffentlicher Unternehmen und öffentlicher Güter zu erreichen ist.

Das politisch gemästete Übergewicht der finanziellen Sachzwänge ist wie der alte Mann im Märchen, der auf den Schultern getragen immer schwerer wird, bis er unerträglich geworden ist. Doch wird man ihn nicht los und muss statt seiner anderes Gewicht abwerfen, um nicht zusammenzubrechen. Das ist das öffentliche Eigentum. In einer Studie des IWF zur Privatisierung seit 1980 wird resümiert, dass für jeden Dollar Schulden der Entwicklungsländer gegenüber dem IWF öffentliches Eigentum in der Größenordnung von 50 Cents privatisiert worden ist. Das beläuft sich von 1984 bis 1999 auf einen Gesamtbetrag von 1101,6 Mrd US\$ an Privatisierungseinnahmen, die gemessen am Bruttoinlandsprodukt der Entwicklungsländer von 1985 fast 10 Prozent ausmachen (Brune/Garrett/Kogut 2004).

Durch die Privatisierung öffentlicher Güter wird alles verändert. Nicht nur, dass Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit Rechten nun nur noch als Konsumentinnen mit Kaufkraft zählen. Sie haben nichts mehr mitzubestimmen, und das oberste Ziel des Managements privatisierter Unternehmen ist höchstmöglicher Profit und nach einem „Börsengang“ ein hoher shareholder value, ein gesteigerter Unternehmenswert. Dass sich Qualität und Verlässlichkeit der Versorgung für die Nutzer verbessern, ist nur in seltenen Fällen gewährleistet. Die private Wasserversorgung in Johannesburg in Südafrika, in Djakarta in Indonesien, in El Alto oder Cochabamba in Bolivien, in Manaus in Brasilien oder in Großbritannien kommt die Nutzer teurer, die Qualität ist fast immer geringer und die Zuverlässigkeit der Versorgung und Entsorgung der Abwässer ist gering. Für die Beschäftigten sind die Folgen der Privatisierung in aller Regel negativ. Arbeitsplätze gehen verloren, die Löhne und Gehälter werden abgesenkt, die Arbeitszeiten häufig verlängert (zu Deutschland vgl. Rüger 2006).

Die Privatisierungen der vergangenen zwei Jahrzehnte waren auch mit der Versicherung verknüpft, dass die Privatisierungen öffentlicher Unternehmen, öffentlicher Güter und Dienstleistungen, kommunaler Wohnungen genutzt werden könnten, um öffentliche Schulden abzubauen und Mittel für andere „Zukunftsaufgaben“ frei zu bekommen. So denken allerdings nur jene (darunter viele Grüne und manche PDS-Abgeordnete), die Betriebswirtschaft bei schlechten Betriebswirten studiert und sich niemals die Mühe gemacht haben, volkswirtschaftliche Kreisläufe zu verstehen. Die Privatisierungserlöse der Kommune stammen von Fonds, die sich beispielsweise ins Dresdner Wohnungseigentum einkaufen. Sie werden von öffentlichen Instanzen sofort an Banken und Fonds weitergereicht, um

öffentliche Schulden zu tilgen. Wenn es sich um die gleichen Fonds handeln würde, wäre es zu einem Vermögenstausch gekommen: Anstelle von finanziellen Forderungen gegenüber der Kommune hat der Fonds als Eigentümer der ehemals kommunalen Wohnungen Forderungen an die Mieter der privatisierten Wohnungen. Statt Zinserträgen erhält er jetzt also Mieteinkünfte. Die müssen natürlich mindestens so hoch sein wie die Zinserträge auf Kapitalmärkten, und sie müssen auch Zinseszinsen bringen.

Das geht nur durch Mieterhöhungen oder auf dem Wege der Anlage der Zinserträge in öffentlichen und privaten Schuldverschreibungen. Es ist kaum anzunehmen, dass der Fonds Wohnungen baut; denn damit könnten ja die Mieten gesenkt werden. Daher ist es wahrscheinlich, dass mit den Erträgen erneut ehemals öffentliches Wohneigentum aufgekauft wird oder den Fonds neue Finanzinstrumente angeboten werden (wie die sogenannten REITS), die es ermöglichen, Immobilienbesitz zu verbriefen und auf internationalen Börsen zu handeln und die Erträge nicht im Land, wo die Immobilie situiert ist, zu versteuern, sondern dort, wo die Steuersätze besonders niedrig sind. Durch Privatisierung ist also schwerlich ein Ausweg aus der Finanzkrise zu finden. Aber sie hat einen wichtigen Effekt: Alternativen werden blockiert, weil der Staat einen großen Teil seiner Interventionsfähigkeit verliert, z.B. Wohnungen für sozial schwache Bürger bereitzuhalten.

Die Privatisierungen verändern das Bewusstsein der Menschen. Der „lock-in-Effekt“ ist erst vollkommen, wenn den Menschen Alternativen zum privaten Eigentum, dem individualistischen und instrumentell-rationalen Umgang damit und zur Abstimmung der individuellen Wahlakte mittels des Marktmechanismus schon gar nicht mehr einfallen oder wie überflüssige Flausen ausgetrieben werden. Utopisches Denken, das für die Entwicklung von Alternativen unverzichtbar ist, wird abgewürgt, wenn die Rahmenbedingungen des Handelns wie die ehemalige Berliner Mauer und heute vielleicht die israelische Mauer unüberwindbar scheinen. Daher ist es bemerkenswert, dass die Diskussion von alternativen Formen der Vergesellschaftung seit geraumer Zeit dennoch wieder in Gang gekommen ist, obwohl sie viele Jahre von Tina-Rede und vom Rauschen der Globalisierungsdebatte überlagert war. Viele der Alternativen sind nicht mehr nur Theorie und utopisches Denken, sondern praktische Versuche alternativer Gestaltung von Arbeit und Leben. Attac und die im Weltsozialforum zusammengefassten Bewegungen haben von Anbeginn an gegen den Geschichtsfatalismus der Alternativlosigkeit die optimistische und trotzige Parole gesetzt: „Eine andere Welt ist möglich.“ Wie könnte diese aussehen, wenn sie auf anderen Prinzipien baut als die kapitalistische Marktgesellschaft?

Alternative Wirtschaftspolitik

Makroökonomische Alternativen können nur durch einen aktiven Staat realisiert werden. Das gilt für alle neo- bis links-keynesianischen Konzepte alternativer Wirtschaftspolitik, die eine aktive Fiskal-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik verlangen, um Arbeitsplätze zu schaffen und sozialen Ausgleich zu stärken (vgl. beispielsweise Memorandum 2006). Makroökonomische Alternativen setzen den Rahmen für die eher mikro- und meso-ökonomischen Projekte der solidarischen Ökonomie. Dabei muss reflektiert werden, dass der Staat aufgrund der beschriebenen „lock-in“ Effekte ein anderer ist als in den Jahrzehnten von Keynesianismus und Fordismus. Alternative Wirtschaftspolitik ist folglich so lange nur ein Katalog von Vorschlägen und Forderungen, wie er nicht in eine Politik der Staatsreform eingebettet wird. Dabei kann man erstens nicht das Konzept vorgeben, man muss vielmehr bei den Erfahrungen alternativer Vergesellschaftung anknüpfen. Darüber hinaus ist die Staatlichkeit gerade als Folge der Privatisierung mehr und mehr globalisiert, und dies hat zur Folge, dass Alternativen nicht zu entwickeln sind, wenn nicht auch die sozialen Bewegungen global ausgreifen, sowohl im konzeptionellen Denken wie in der politischen Praxis. Lokale Projekte solidarischer Ökonomie, nationalstaatliche alternative Wirtschaftspolitik und globale Vernetzung gehören daher zusammen. Das wird sofort offensichtlich, wenn die Bedeutung der Finanzmärkte für die staatliche Wirtschaftspolitik ebenso wie für kleine Alternativprojekte in Betracht gezogen wird. Ohne eine globale Regulierung der Finanzmärkte wird es auf Dauer unmöglich sein, billigen Kredit zu mobilisieren, ohne den in einer Markt- und Geldwirtschaft (und darüber geht die solidarische Ökonomie zunächst nicht hinaus) Wirtschaften schlicht unmöglich wird.

Die Kluft zwischen alternativem Projekt und der alternativen Praxis wird erst recht zum Problem, wenn davon gesprochen wird, dass „wir Planung brauchen“, „sozialistische Planung im internationalen Maßstab“ (Callinicos 2004, 130f.). Dass diese nur möglich ist, wenn die Eigentumsfrage gestellt wird, vermerkt Alex Callinicos, allerdings ohne genauer die möglichen Zwischenformen zwischen zentralisiertem Staatseigentum und reinem Privateigentum zu benennen. Dieses Manko versucht Michael Albert zu vermeiden, indem er einen anderen, schwerer wiegenden Fehler begeht: nämlich Planung, marktmäßige Allokation, „Bioregionalismus“, genossenschaftliche Organisation von Produktion und Konsumtion als Modelle zu präsentieren, die aufgrund von Kriterien (Gerechtigkeit, Solidarität, Selbstbestimmung, Effizienz) wie in einem „Alternativen-Shop“ ausgewählt werden können (Albert 2006). Das ist in schlechtem Sinne idealistisch gedacht, weil den materiellen gesellschaftlichen Zwängen weder im theoretischen Ansatz noch im politischen Konzept angemessen Rechnung getragen wird. Das ganze erhält daher den Charakter des Beliebigen, eines Spiels mit möglichen Welten, die aber anders als in Musils

„Mann ohne Eigenschaft“ nicht in der wirklichen Welt verborgen sind und auf die Freilegung der potentiellen als andere Wirklichkeit warten.

Insbesondere wird überhaupt nicht beachtet, dass moderne Gesellschaften nicht nur Arbeitsgesellschaften sind und daher nicht nur die Arbeit alternativ im Produktionsprozess organisiert werden muss. Wenn man den Gesamtproduktionsprozess betrachtet, sind Gesellschaften immer auch Geldgesellschaften. Mit der genossenschaftlich-partizipativen Gestaltung der Arbeit setzt sich Michael Albert intensiv auseinander. Auch zur Frage des Eigentums und der marktmäßigen bzw. nicht-marktmäßigen Allokation findet man Überlegungen, nicht aber zum Geld und seinen Funktionen als Zirkulations- und als Zahlungsmittel. Es ist überhaupt ein Mangel der Debatte über alternative Wirtschaftsgestaltung, dass in den seltensten Fällen der Versuch gemacht wird, das „Geldrätsel“ zu lösen, ja noch nicht einmal zu sehen, dass es hier ein Rätsel zu knacken gilt – wie Marx bereits den Ökonomen seiner Zeit vorgeworfen hat (vgl. MEW 23, 62ff). Es ist das Verdienst von Attac und der Sozialforumsbewegung, die Notwendigkeit einer Regulation von (globalen) Finanzmärkten ins Zentrum der Kampagnen gerückt zu haben. Eine solidarische Ökonomie ist unmöglich, ohne eine Regulation der globalen Finanzmärkte.

Denn damit ist zugleich ein Hinweis darauf gegeben, dass die Alternative einer solidarischen Wirtschaft sich nicht auf die Gestaltung von lokaler Produktion beschränken kann, sondern der Globalisierung und den im globalen Raum bedeutenden Akteuren Rechnung zu tragen hat, den Transnationalen Konzernen, den finanziellen Anlegern ebenso wie den Nationalstaaten und den internationalen Organisationen. Man wird also die Rolle von nationaler und internationaler Staatlichkeit diskutieren müssen und ist dann sogleich mit dem oben diskutierten Problem des „lock-in“ neoliberaler Reformen konfrontiert. Auch stellt sich auf dieser Ebene immer die Frage der Macht, und die sympathische Naivität der Formel, man könne die Welt verändern, ohne die Macht zu ergreifen (Holloway 2002), wird erkennbar.

Ein weiterer Mangel der Debatten um Alternativen ist die unzureichende Berücksichtigung des gesellschaftlichen Naturverhältnisses, in dem alles soziale Handeln verortet ist. Auch im Stoffwechsel der Natur, in den Transformationen von den genutzten energetischen, mineralischen und lebendigen Ressourcen bis zu den festen, flüssigen und gasförmigen Emissionen werden Sachzwänge erzeugt, weil jeder Akt des Stoffwechsels irreversibel ist und nur dann den Zustand der Natur nicht verschlechtert, wenn die Regenerationsfähigkeiten bzw. die Tragfähigkeit nicht überlastet werden. In jedem Partei- und Regierungsprogramm findet man daher den Hinweis auf das Politikziel ökologischer Nachhaltigkeit. Das ist jedoch viel zu wenig. Es geht nämlich darum, das gesellschaftliche Naturverhältnis nachhaltig zu gestalten. Das wird nur gelingen können, wenn nicht nur die Wirtschafts- und Sozialpolitik umweltpolitisch ergänzt wird, sondern

Arbeit und Leben, die Regulation von Handel und Finanzen auf globaler Ebene etc. transformiert werden. Dies wird besonders deutlich, wenn die Frage nach der Energieversorgung aufgeworfen wird. So wie der Übergang zu fossiler Energie vor mehr als 200 Jahren und insbesondere zum Öl vor etwa 100 Jahren alle Aspekte gesellschaftlicher Reproduktion veränderte, wird dies der spätestens in wenigen Jahrzehnten unvermeidliche Übergang zu erneuerbaren Energien ebenfalls verlangen (Altvater 2006). Also wird man über Energieregime und soziale Formation sprechen müssen, wenn es um Konzepte alternativer und ökologisch und sozial nachhaltiger Wirtschaftspolitik oder um praktische Ansätze einer solidarischen Ökonomie geht. Wie muss das gesellschaftliche Naturverhältnis transformiert werden, wenn nicht mehr auf fossile Energieträger, sondern in entscheidendem Ausmaße auf erneuerbare Energieträger in der Produktion von Gütern und Diensten zurückgegriffen werden muss, um die menschlichen Bedürfnisse erfüllen zu können?

Solidarische Ökonomie

Soziale Bewegungen, die auf Alternativen zur kapitalistischen Marktgesellschaft zielen, emanzipieren sich aus den Handlungslogiken, die vom Markt vorgegeben werden. Gibt es mehrere Handlungslogiken, dann ist dies bereits ein Hinweis darauf, dass der historische Pessimismus vom Ende der Geschichte und von den Tina-Blockaden nicht gerechtfertigt ist. Tatsächlich erhellt bereits der Blick zurück in die Geschichte des Wirtschaftens, wie unterschiedlich in verschiedenen Kulturen und Geschichtsepochen Ökonomie und Gesellschaft koordiniert wurden, wie facettenreich die Denk- und Handlungsmuster sind, die sich in den immer wiederkehrenden, zur Routine gewordenen Handlungen herausbilden. Erst im modernen Kapitalismus mit seinen globalen Institutionen und in Folge der globalen Vereinheitlichung, vorangetrieben von den internationalen Institutionen wie WTO und IWF, wird die Vielfalt von Handlungslogiken auf die Einfalt eines dominanten Musters, nämlich das der *Äquivalenz*, reduziert, theoretisch begründet innerhalb der *pensée unique* des Neoliberalismus und praktisch durchgesetzt innerhalb des Systems der Marktbeziehungen. Karl Polanyi (1978) hat diesen Prozess als „Entbettung“ des Marktes aus der Gesellschaft analysiert. Fast in der ganzen vorkapitalistischen Menschheitsgeschichte waren die Märkte in die Gesellschaft eingebettet, also keineswegs verselbständigt. Heute geht es wieder um die Herstellung einer Priorität des Gesellschaftlichen gegenüber der kapitalistischen Marktwirtschaft.

Freilich darf dabei nicht übersehen werden, dass der Entbettungsprozess auch ein historischer Fortschritt der Zivilisierung ist. Darauf verweist Marx in seinen durchaus umstrittenen Korrespondenzen über die britische Kolonialherrschaft in Indien. Es sollte nämlich nicht vergessen werden:

„diese idyllischen Dorfgemeinschaften, so harmlos sie auch aussehen mögen, (haben) seit jeher die feste Grundlage des orientalischen Despotismus gebildet ..., sie (beschränkten) den menschlichen Geist auf den denkbar engsten Gesichtskreis ..., (machten) ihn zum gefügigen Werkzeug des Aberglaubens, zum unterwürfigen Sklaven traditioneller Regeln ...“ (Marx, MEW 9, 133). Die Wiedereinbettung des Marktes in die Gesellschaft und die Überwindung der einfältigen Handlungslogik nach dem Äquivalenzprinzip darf also kein Weg zurück sein, sondern ein Weg der sozialen Emanzipation.

Das Prinzip der *Solidarität und Fairness* ist den Prinzipien von Äquivalenz und Reziprozität entgegengerichtet, denn es geht vom gesellschaftlichen Kollektiv und nicht von Individuen und ihren marktvermittelten Beziehungen aus, und es kann nur in organisierter Form zur Geltung kommen. Auch wird keine hierarchische Regulation von Ökonomie und Gesellschaft von oben verlangt, im Gegenteil. Solidarität entsteht nur mit breiter Beteiligung von unten. Gemeinsame Anstrengungen zur Lösung eines gemeinsamen Problems sind gefragt. Jede(r) leistet einen solidarischen Beitrag nach seinen bzw. ihren Möglichkeiten, das heißt unter Bedingungen der Fairness. Solidarität setzt daher ein Bewusstsein von Gemeinsamkeit und innerer Verbundenheit in einer Gesellschaft voraus, die in einer gemeinsamen Lebenserfahrung begründet sein kann, um ein großes Problem, beispielsweise Arbeitslosigkeit, Armut oder Rechtlosigkeit, zum Beispiel gegenüber transnationalen Unternehmen, oder zur Überwindung einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise, gemeinsam zu bewältigen.

Dies ist durchaus ambivalent, wie Amy Chua (2003) hervorhebt. In einer Marktwirtschaft können sich Minderheiten gegen eine Mehrheit durchsetzen und Reichtümer akkumulieren, die für die Mehrheit der Menschen unerreichbar sind, sofern diese die Regeln von Märkten respektieren, also Eigentumsrechte und Äquivalenzprinzip. Doch gehört zum System der global governance auch der Export des demokratischen Mehrheitssystems. Solange dieses nur für formale Rechte innerhalb eines Rechtsstaates in Anspruch genommen wird und Märkte nicht reguliert werden, gibt es keinen politisch relevanten Widerspruch zwischen Markt und Demokratie, wohl aber dann, wenn die Massen in demokratischen Bewegungen substantielle soziale Rechte einfordern und auf eine politisch moderierte Umverteilung der ökonomisch akkumulierten Reichtümer drängen. Wenn in den unvermeidlichen Konflikten die politischen Mehrheiten und ökonomischen Minderheiten unterschiedlichen Ethnien, Volksgruppen oder Religionen angehören, können sich die Konflikte sehr leicht zu ethnisch gefärbten Auseinandersetzungen zuspitzen, bis zum Bürgerkrieg, der auch zum „Weltbürgerkrieg“ ausarten kann. Seit dem Krieg der Bush-Regierung gegen den Terrorismus ist eine globale Entzivilisierung denkbar geworden, die noch vor einem Jahrzehnt völlig ausgeschlossen schien.

Solidarische und faire Verhältnisse sind eine Versicherung gegen Tendenzen der Entzivilisierung. Eine solidarische und gegen die „Triebe des Egoismus“ gerichtete, daher „moralische“ Ökonomie (Thompson 1980) ist eine praktische Antwort auf die „Entbettung“ des Marktes aus der Gesellschaft, also auf die ökonomischen Sachzwänge. Die moralische Ökonomie hat ihre eigenen Kriterien für das, was als legitim und sozial gerecht beurteilt wird, die sich nicht auf das Äquivalenzprinzip von Waren- und Geldwirtschaft zurückführen lassen. Die Solidarität geht also vom Kollektiv aus, und dieses entsteht mit einem gemeinsamen Erfahrungshintergrund, beruht also auch auf einem gemeinsamen, kollektiven Gedächtnis. Dieses vermittelt ein gemeinsames Vorverständnis in politischen Auseinandersetzungen, ohne dass dieses, beispielsweise mit Hilfe von Schulungskursen in einer Partei, erst hergestellt werden müsste. Daraus entwickeln sich die Konflikte mit den Mächten des Marktes, des Weltmarktes zumal. Diese Konflikte haben immer eine politische Dimension. Denn in den meisten Fällen sind Basisbewegungen gezwungen, sich gegen Regierungen zu richten und in ihren Kämpfen Gegenmacht aufzubauen, indem Territorien, Land und Fabriken, Kohlenminen und Erdölfelder besetzt und selbstverwaltet und gleichzeitig Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und manchmal auch mit Teilen des Staatsapparats geschmiedet werden.

Die Ansätze einer alternativen solidarischen Ökonomie entwickeln sich gegen die dominanten neoliberalen Tendenzen der Unterwerfung der Gesellschaften unter die Gesetze des globalen Marktes. Dafür gibt es viele Beispiele in der heutigen Welt: Genossenschaften in Europa, der dritte Non-Profit-Sektor in allen Industrieländern, der inzwischen mehr Arbeitsplätze aufweist als die traditionelle Industrie (vgl. OECD 2003; Birkhölzer/Kistler/Mutz 2004), die solidarische Ökonomie in vielen lateinamerikanischen Ländern (vgl. beispielsweise Schlosser 2005), die Vereinigungen in den Favelas, den Shanty-Towns, den Barrios oder auf dem Lande, um das Überleben gemeinsam zu organisieren, die wohlorganisierte Fair-trade-Bewegung mit ihren Partnern in den Produzenten- und Abnehmerländern der Produkte. Der Non-Profit-Sektor in den OECD-Ländern verweist einerseits darauf, dass die formelle Ökonomie mit ihren kapitalistischen Institutionen und Funktionsprinzipien nicht in der Lage ist, ausreichend viele Arbeitsplätze für alle, die Arbeit suchen, bereitzustellen. Er ist andererseits konzentrierter Ausdruck der Deformation des Kapitalismus mit der in allen Weltregionen zu verzeichnenden enormen Zunahme informeller und prekärer Arbeit. Hier wird die ganze Komplexität einer alternativen solidarischen Ökonomie deutlich. Wenn nur bestimmte ihrer Charakteristika realisiert werden, z. B. dass die Produktion nicht um des Profits willen erfolgt, andere aber nicht, z.B. eine Entlohnung, die ein würdiges Leben ermöglicht, dann entsteht keine solidarische, sondern eine prekäre Ökonomie.

Verglichen mit der Macht der Transnationalen Konzerne und der Staatsmacht in der kapitalistischen Welt haben die vielfältigen und zahlreichen Ansätze solidarischen Wirtschaftens nicht viel Gewicht. Doch unterhöhlen die praktischen Alternativen den hermetischen Block des herrschenden Selbstverständnisses, knacken die scheinbare Unwiderruflichkeit der neoliberalen Ansätze auf und überwinden die „pensée unique“. Sie sind der lebendige Zweifel an der These vom Ende der Geschichte, an dem es „keine Alternativen“ mehr gäbe. Darüber hinaus können sie eine ungeahnte Ausstrahlungskraft erlangen und sich zu sozialen Bewegungen entfalten, die durchaus ins politische Geschehen aktiv eingreifen können. Die linken Regierungen in lateinamerikanischen Ländern sind von diesen Bewegungen an die Macht gebracht worden. Darin kommt auch zum Ausdruck, dass die lokalen Projekte solidarischer Ökonomie ein für sie günstiges soziales und politisches Umfeld brauchen, auch die Unterstützung durch eine alternative makroökonomische Politik. So können die Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Handelns verändert und die neoliberal erzeugten Handlungsblockaden aufgebrochen werden. Allerdings wird dies nur gelingen, wenn auch der globale Raum in die Strategien solidarischer Ökonomie einbezogen wird, und zwar nicht nur mit dem Appell an internationale Solidarität oder globale soziale Gerechtigkeit, wie sie in den meisten linken Programmen zu finden ist, sondern als konkrete Maßnahmen der Re-Regulierung von Handels- und Finanzströmen, der politischen Gestaltung zur Humanisierung der Migration. Denn sonst verwandeln sich große Weltregionen jenseits des „Limes“, der die reichen Länder gegen die ärmeren Massen schützen soll, in einen Archipel des Elends (Rufin 1996).

Die generelle Richtung der Alternativen ist also eindeutig zu bezeichnen, und sie ist gut begründet, zumal wenn auch die Gestaltung des gesellschaftlichen Naturverhältnisses in das Konzept der solidarischen Ökonomie integriert wird. Mit besonderem Nachdruck müssen die fossilen Energien sehr schnell durch erneuerbare Energien ersetzt werden, denn das Zeitfenster ist aufgrund des Umstands, dass der Scheitelpunkt der Ölförderung erreicht ist oder sehr bald erreicht sein wird, nicht mehr lange offen (Scheer 2005; Global Challenges Network 2003). Die erneuerbaren Energien sind langsamer als die fossilen Energien, sie lassen die enorme Beschleunigung aller Prozesse in Arbeit und Leben nicht zu. Auch können sie nicht so einfach wie die fossilen Energieträger von Ort zu Ort transportiert werden. Sie sind nicht unabhängig vom Ort ihrer Erzeugung: weder die Windenergie, die Photovoltaik, die Wasserkraft, die thermische Energie, noch die Gezeiten oder die Biomasse. Keine dieser Energien kann die Bedingung der Kongruenz von Energiesystem und Kapitalismus so erfüllen wie die fossilen Energieträger, die in den vergangenen zwei bis drei Jahrhunderten die menschheitsgeschichtlich einmalige Wachstumsdynamik und den zivilisatorischen Fortschritt ermöglicht haben.

Zu Beginn des fossilen Zeitalters fand der Kapitalismus das ihm entsprechende Energiesystem sozusagen in nuce vor. Es musste nur in einer von Nicholas Georgescu-Roegen (1971) sogenannten „prometheischen Revolution“ freigesetzt und dann entwickelt werden. Dies ist in den letzten beiden Jahrhunderten seit der industriellen Revolution in bravouröser Weise geschehen. Wenn die fossilen Energieträger zur Neige gehen, kann nur ein erneuerbares Energieregime weiterhelfen. Dem aber muss die soziale Formation des Kapitalismus angepasst werden. Das ist eine tiefere, längere Zeiträume in Anspruch nehmende und umfassendere Revolution, als es die französische oder russische waren. Sie ist auch schwieriger als die industrielle Revolution. Aber die ebenfalls existierenden Ansätze der solidarischen Ökonomie sind eine Verbindung zur Bewegung für die erneuerbaren Energieträger. Es ist also notwendig, nach der Analyse des modernen kapitalistischen Weltsystems Alternativen synthetisch zu denken. Die verschiedenen Ebenen vom Lokalen zum Globalen sind zu berücksichtigen. Ökonomische Funktionsabläufe und Maßnahmen müssen im Zusammenhang mit den Handlungsbedingungen politischer und sozialer Institutionen gesehen werden. Lebens- und Arbeitsweise der Menschen sind im Kontext des Energiesystems zu betrachten. Von der solidarischen Ökonomie ist also das zu wiederholen, was Bertolt Brecht vom Kommunismus sagte: „Das Einfache, das schwer zu machen ist.“

* Es handelt sich hier um die Kurzfassung der Einleitung zu einem im Herbst im VSA-Verlag Hamburg erscheinenden Reader des Wissenschaftlichen Beirats von ATTAC Deutschland mit dem Titel „Solidarische Ökonomie“. Vom 24.-26. November findet in Berlin der Kongress „Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus“ statt. Informationen dazu unter: www.solidarischeoekonomie.de

Literatur

- Albert, Michael, 2006: Parecon. Leben nach dem Kapitalismus. Grafenau/ Frankfurt a.M.
- Altvater, Elmar, 2004: Inflationäre Deflation oder die Dominanz der globalen Finanzmärkte. In: Prokla - Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, No 134, Berlin
- Altvater, Elmar, 2006: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik. (4. Aufl.) Münster
- Birkhölzer, Karl / Kistler, Ernst / Mutz, Gerd, 2004: Der Dritte Sektor – Partner für Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Wiesbaden
- Brune, Nancy / Garrett, Geoffrey / Kogut, Bruce 2004: The International Monetary Fund and the Global Spread of Privatization. IMF Staff Papers, Vol 51, No. 2
- Callinicos, Alex, 2004: Ein antikapitalistisches Manifest. Hamburg
- Chua, Amy, 2003: World on Fire. How Exporting Free Democracy Breeds Ethnic Hatred and Global Instability. London
- Enquete-Kommission, 2002: Deutscher Bundestag, Hrsg: Schlussbericht der Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft. Opladen
- Friedman, Milton, 1962: Capitalism and Freedom. Chicago
- Georgescu-Roegen, Nicholas, 1971: The Entropy Law and the Economic Process. Cambridge/Mass., London

- Global Challenges Network (Hg.), 2003: Ölwechsel! – Das Ende des Erdölzeitalters und die Weichenstellung für die Zukunft. München
- Holloway, John, 2002: Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen. Münster
- Keynes, John M., 1936, repr. 1964: The General Theory of Employment, Interest and Money. London / Melbourne / Toronto
- Klein, Naomi, 2001: No Logo! Der Kampf der Global Players um Marktmacht. Ein Spiel mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern. München
- Marx, Karl, MEW 23: Das Kapital, Erster Band. In: Marx Engels Werke, MEW, Band 23, Berlin 1970
- Marx, Karl, MEW 9: Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien. In: Marx Engels Werke, MEW, Band 9, Berlin 1960
- Memorandum 2006: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2006: Mehr Beschäftigung braucht eine andere Verteilung. Köln
- OECD, 2003: The Non-profit Sector in a Changing Economy. Paris
- Polanyi, Karl, 1978: The Great Transformation. Frankfurt/Main
- Rufin, Jean-Christophe, 1996: Die neuen Barbaren. Der Nord-Süd-Konflikt nach dem Ende des Kalten Krieges. München
- Rügener, Werner, 2006: Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz. Münster
- Scheer, Hermann, 2005: Energieautonomie. München
- Schlosser, Irmgard, 2005: Solidarische Ökonomie. Brasilianische und deutsche Erfahrungen. In: Widerspruch, Heft 49, Zürich
- Thompson, Edward P., 1971: The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century. In: „Past and Present“, 50/1971

Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

 <p>Elmar Altvater Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen Eine radikale Kapitalismuskritik 3. Auflage 2006 – 240 Seiten – € 14,90 ISBN 3-89691-627-0</p>	 <p>Werner Rügener Privatisierung in Deutschland Eine Bilanz Von der Treuhand zu Public Private Partnership 2. Auflage 2006 – 205 Seiten – € 24,90 ISBN 3-89691-630-0</p>	 <p>D. Scholz/H. Glawe/ H. Martens/ P. Paust-Lassen/ G. Peter/J. Reitzig/ F.O. Wolf (Hrsg.) Turnaround? Strategien für eine neue Politik – Herausforderungen an Gewerkschaften und Wissenschaft 2006 – 341 Seiten – ca. € 29,90 ISBN 3-89691-638-6</p>
--	---	--



Hafenweg 26a - D-48155 Münster
 Tel.: 0251 39 00 48 0 - Fax: 0251 39 00 48 50
 info@dampfboot-verlag.de - www.dampfboot-verlag.de